

## Staatssekretär Frhr. v. Stein über die Uebergangswirtschaft.

Reichstagsitzung vom 3. Mai.

An der Spitze der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsitzung standen Anfragen, die teilweise von recht erheblichem Interesse waren. So die des konservativen Abg. v. Graefe, die sich auf die brutale Behandlung deutscher Gefangener in Rumänien bezog. Legationsrat v. Keller stellte fest, daß gegen schuldige Offiziere, die sich in unserer Hand befinden, nach Maßgabe des Gesetzes vorgegangen werden wird und daß wegen der andern einwandfrei bewiesenen Fälle ein unverzügliches Einschreiten der rumänischen Regierung gegen die Schuldigen verlangt worden sei. Der fortschrittliche Abg. Heflicher brachte zur Sprache, daß nach deutschen Meldungen die Engländer in jüngster Zeit Dumdum-Geschosse verwendet hätten. General v. Wisberg erwiderte, das englische Geschoss, äußerlich ein normales Vollmantelgeschoss, habe einen zweifachen Gehalt, der an der Spitze früher aus Aluminium bestanden, jetzt aber aus Blei mit einer Papierenlage bestehe. Könne eine solche Konstruktion an sich schon gegebenenfalls tödliche Verletzungen verursachen, so seien die von der Papierenlage hervorgerufenen Wunden besonders gefährlich, da sie zahlreiche Krankheitskeime enthalte und so ausgedehnte Eiterungen und andere Wundkrankheiten herbeiführe. Der Redner erklärte unter allseitiger Zustimmung, daß von der britischen Regierung die Einstellung der Verwendung dieser Geschosse unter Androhung von Gegenmaßnahmen verlangt werden würde. Die Gegenstände dieser beiden Anfragen sind wieder einmal häßliche Zeugnisse für die Kriegskultur unserer Feinde!

Auf eine Klage des fortschrittlichen Abg. Dr. Struve, daß die ärztliche Versorgung auf dem Lande durch den Mangel an Fuhrwerk beeinträchtigt werde, antwortete General v. Wisberg, daß man den Wünschen der Landärzte nach Möglichkeit Rechnung zu tragen suche. Dem konservativen Abg. Bogt-Galle gegenüber, der Maßnahmen gegen die drohende Verdrängung unserer Pferde und Viehbestände forderte, sprach er die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, die Krankheit auszurotten.

Nach Erledigung einiger weiterer Anfragen wurde die Beratung über den Haushalt des Reichswirtschaftsamts fortgesetzt. Es ist seit das neue Amt aus dem ursprünglichen Gebilde des alten Reichsamts des Innern herausgeholt worden, zum erstenmal, daß es bei der Staatsberatung erscheint. Dieser Umstand, in Verbindung mit dem anderen, daß der Krieg eine so gewaltige Umstellung unseres ganzen Wirtschaftslebens gebracht hat und die zukünftige Entwicklung noch von Schleiern verhüllt ist, lud dazu ein, sich in allgemein-theoretischen Betrachtungen zu ergen.

Abg. Dr. v. Schulze-Gaevernitz von der Fortschrittlichen Volkspartei bezeichnete als das für die neue deutsche Wirtschaft gebotene System eine weise Mischung der gebundenen und freien Wirtschaft. Als ein Vorbild dafür stellte er unser Bankwesen hin, in dem wirtschaftliche Freiheit und Beaufsichtigung durch eine staatliche Zentrale sich miteinander verknüpfen: so legte er dem Staatssekretär ans Herz, aus dem Reichswirtschaftsamt für das deutsche Wirtschaftsleben das zu machen, was die Reichsbank für das deutsche Bankwesen kurz vor dem Kriege gewesen sei. Er mahnte ihn, den verschiedensten Industrieunternehmen gegenüber volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Drei Beiträge empfahl er ihm: Im Zweifel möge er sich für freie Unternehmen entscheiden; wo die freie Wirtschaft zu Monopolen führt, möge er eine staatliche Regelung und Beaufsichtigung als das geringere Übel betrachten; er möge ein erstes Wort mit dem Reichsfinanzminister sprechen, damit auch unsere Steuerpolitik sich auf volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufbaue. Dann kam Herr v. Schulze-Gaevernitz auf die Uebergangswirtschaft zu sprechen, in der es ohne staatliches Eingreifen nicht werde abgehen können: nur dürfe es nicht länger als notwendig dauern und in den möglichsten engen Grenzen gehalten werden.

Der nationalliberale Abg. Dr. Nießer wandte sich gegen den vom Abg. Dr. Siedekum ausgesprochenen Satz, daß das Zeitalter der freien Produktion abgeschlossen sei. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Schaffensfreudigkeit der freien, selbstverantwortlichen Persönlichkeit nicht vernichtet werden dürfe durch eine staatssozialistische Zwangswirtschaft. Dann erörterte er die Notwendigkeit, mit dem Ermächtigungsgesetz für die Zeit nach dem Kriege nicht mehr hinter dem Berge zu halten, und betonte, daß die Regierung bis zur Genehmigung dieses Gesetzes durch den Reichstag für die Uebergangswirtschaft nur vorbereitende Maßnahmen treffen dürfe, ja, daß auch vorbereitende Maßnahmen schon bedenklich genug seien, da es, wenn sich die Beteiligten erst einmal mit ihnen abgefunden hätten, schwer sein werde, Änderungen vorzunehmen.

Nach Darlegungen des konservativen Abg. Dr. Bildgrube, der sich auch gegen die gebundene Wirtschaft erklärte, eine Umgestaltung des Auswärtigen Amtes wünschte, das Erabeden von Longwy und Briey für unsere Eisenindustrie forderte und meinte, daß der Geist eines Walter Rathenau vom Reichswirtschaftsamt mit Schwefel ausgebrannt werden müsse, nahm das Wort:

Staatssekretär Frhr. von Stein:

Dr. Nießer hat den Untergang kleiner und mittlerer Betriebe im Kriege auf den Kriegssozialismus geschoben. Das ist falsch. Der Zwang des Krieges hat das mit sich gebracht. Wäre der Staat nicht rechtzeitig eingeschritten, die Benachteiligung dieser Betriebe wäre noch größer. Die Rohstoffe waren knapp geworden. Bei der stürzenden Nachfrage wären ohne Eingreifen des Staates die Schwächeren zu kurz gekommen. In der Uebergangswirtschaft wird sich der Mangel an Auslandsprodukten und Arbeitskräften allmählich vermindern, und mit den zunehmenden Mengen an Rohstoffen können nach und nach die Einschränkungen gemildert werden. Solange wir aber mit wenigen Rohstoffen rechnen müssen, als zu einer auskömmlichen Versorgung der mittleren und kleineren Betriebe nötig ist, wäre es nicht zu verantworten, die Dinge ihren Gang gehen zu lassen. Ein Wirtschaftsprogramm gebe ich nicht. Ich halte mich an das Programm des Staatssekretärs des Reichsinnern. Die Uebergangswirtschaft werde ich so führen, daß nach Möglichkeit alle freien Kräfte arbeiten können, daß aber, solange die Knappheit besteht, der Schwache durch die Willkür des Staates nicht unterdrückt wird. Wie lange das dauert, kann niemand sagen. Wir wollen tun, was der Tag verlangt, aber nicht in den Tag hineinleben. Das neue Ermächtigungsgesetz für die Uebergangszeit ist in einer vorläufigen Besprechung mit den Führern der Parteien bereits durchgesprochen. Es wird in Ablehnung an das Hilfsdienstgesetz einen besonderen Reichstagsausschuß bringen, der die Mitwirkung des Parlaments sichert. Dr. Nießer hat von der Bürokratie gesprochen. Aber irgend jemand muß doch entscheiden können, was unnötig ist und was zuerst gemacht werden muß. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz müssen ernst genommen werden. Deshalb müssen wir uns für die Uebergangszeit mit allem Nützlichen versehen. Ausfuhr und Einfuhr müssen in einer Hand, und das kann nur die des Staates sein. Wir werden alles tun müssen, um unseren Mann zu sehen. Aber wir werden auch hier oben bleiben. Freilich wird sich das deutsche Wirtschaftsleben Einschränkungen noch lange aussetzen müssen. (Beifall.)

Der letzte Redner war der fortschrittliche Abg. Carstens. Er bemerkte zunächst die Rohstoffversorgung und gab dann der Ansicht Ausdruck, daß die erste Zeit des Friedens wirtschaftlich

der Kriegszeit so ähnlich sehen werde wie ein Ei dem andern. Eine erreichbare Kriegsentschädigung lehnte er nicht ab, meinte aber, daß wir nicht für Milliarden kämpften, sondern für die wirtschaftliche Freiheit Deutschlands. Auch er bekämpfte das Eintreten Radenhaus für die Beseitigung der Privatwirtschaft; er verlangte vielmehr Ellenbogenfreiheit für den Handel. Des ferneren beschäftigte er sich mit dem Problem der Verbesserung des Standes unserer Baluta, wünschte eine Regelung des Arbeitsnachweises für das ganze Reich und Inangriffnahme der Arbeitslosenversicherung, genügende Unterstützung für die aus dem Kriege Heimkehrenden, fragte, wie es mit den vielen weiblichen Hilfskräften werden solle. Er forderte auf, zur deutschen Industrie und zum deutschen Handel das Vertrauen zu haben, daß sie die schwere Zeit der Uebergangswirtschaft bestehen werden.

Sonnabend 2 Uhr Weiterberatung; vorher Aufhebung des § 153.